

Österreichs Weg nach Kopenhagen

10 Forderungen der Allianz Klimagerechtigkeit
an die Bundesregierung

Themenbereich **Internationale Verhandlungen**

1. Österreich orientiert seine Klimapolitik am 2°C-Ziel der UNO und am Stand der Wissenschaft: Der Stopp der Erderwärmung unterhalb der gefährlichen 2°C-Marke erfordert bis 2050 eine Senkung des jährlichen globalen Ausstoßes an Treibhausgasen von 50-85% gegenüber 1990. Spätestens 2015 müssen die globalen Emissionen inklusive jener der Entwicklungsländer sinken¹. Gleichzeitig muss sich Österreich für Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt einsetzen, die bereits heute am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden.
2. Österreich vertritt innerhalb der EU konsequent das Verursacherprinzip und setzt sich dafür ein, dass die EU mit konkreten Finanzi Zusagen an Entwicklungsländer nach Kopenhagen fährt. Österreich unterstützt alle Bestrebungen, diese Finanzmittel durch stabile und berechenbare Finanzquellen wie z.B. durch eine Versteigerung staatlicher Emissionsrechte² oder durch Abgaben auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr aufzubringen.
3. Österreich stützt die Berechnungen der EU-Kommission, wonach für eine Erreichung des 2°C-Ziels bis 2020 mindestens EUR 110 Milliarden³ pro Jahr an neuen Finanzmitteln für Schwellen- und Entwicklungsländer notwendig sind. Diese Berechnung inkludiert auch EUR 40 Milliarden für die notwendigsten Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel⁴. Österreich setzt sich dafür ein, dass die EU gemäß ihres historischen Anteils am bisherigen Klimawandel und entsprechend ihrer Finanzkraft einen Beitrag von mindestens EUR 35 Milliarden pro Jahr aufbringt und budgetiert rechtzeitig seinen eigenen, fairen Beitrag⁵. Diese Vorleistung der EU ist eine notwendige Bedingung für einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen in Kopenhagen.
4. Österreich setzt sich aktiv dafür ein, dass das in Kopenhagen zu beschließende globale Klimaabkommen geschlechtergerecht ist und höchstmögliche Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Umweltzielen herstellt. Österreich stellt sicher, dass die notwendigen weltweiten Emissionsreduktionen nicht durch CO₂-intensive Entwicklungsinitiativen torpediert werden und setzt sich dafür ein, dass Klimaschutzstrategien in Schwellen- und Entwicklungsländern so ausgerichtet sind, dass die Millennium-Entwicklungsziele unterstützt und nicht untergraben werden.

Themenbereich **Reduktionsziele**

5. Als gerechten Beitrag zum 2°C-Ziel der UNO senkt Österreich im eigenen Land seine Treibhausgasemissionen im Einklang mit den Forderungen des IPCC bis 2020 um 40% und bis 2050 um 90% gegenüber 1990.

Themenbereich **Wald**

6. Österreich setzt sich dafür ein, dass in Kopenhagen ein Programm zum Schutz der globalen Wälder samt entsprechender Finanzierung beschlossen wird. Darüber hinaus unterstützt Österreich die Vorschläge der EU-Kommission zur Aufbringung der entsprechenden Finanzmittel (fixer nationaler Beitrag oder Zweckwidmung von Einnahmen aus Zertifikateversteigerungen). Die Mittel werden von UNO-Institutionen verwaltet.
7. Gemeinsam mit der EU stellt Österreich sicher, dass in den neu zu schaffenden globalen Regelungen zum Erhalt der Wälder verbindliche soziale Standards und Leitlinien (social safeguards) festgeschrieben werden, welche die Rechte indigener Völker sowie lokaler Gemeinden in extremer Armut wahren und deren Mitbestimmung⁶ auch bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen zum Walderhalt explizit sicherstellen.

Themenbereich **Technologie-Transfer**

8. Österreich setzt sich dafür ein, dass Entwicklungsländer für die Senkung ihrer Emissionen durch erleichterten Zugang zu lokal anwendbaren, dezentralen und angemessenen Klimaschutztechnologien unterstützt werden. Von der Unterstützung ökologisch und entwicklungspolitisch bedenklicher Großprojekte wie Mega-Dämmen, CCS (Carbon Capture and Storage), Atomkraft und Agrotreibstoffexporten wird Abstand genommen.

Themenbereich **Klimawandelanpassung**

9. Österreich anerkennt die Tatsache, dass Länder und Gemeinden sowie Männer und Frauen in extremer Armut bereits jetzt von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind und setzt sich dafür ein, dass die von Oxfam veranschlagten EUR 40 Milliarden für Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge über Institutionen im Rahmen der UNO bereitgestellt werden. Jeder Euro, der in Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge investiert wird, spart vier Euro für Katastrophenhilfe. Die finanziellen Leistungen für Klimawandelanpassung müssen zusätzlich zu den bereits eingegangenen Verpflichtungen für 0,7% als ODA-Ziel erfolgen.
10. Österreich erkennt an, dass Männer und Frauen in Entwicklungsländern bei der Planung, Entscheidung und Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen⁷ mit einbezogen werden müssen.

10 Forderungen der Allianz Klimagerechtigkeit an die Bundesregierung

AutorInnen: Manuel Graf (GLOBAL 2000), Sonja Greiner (ÖRK), Josefa Molitor-Ruckenbauer (KOO), Markus Niedermair (WWF), Hanna Schwarz (Greenpeace), Herbert Wasserbauer (DKA) und Andreas Zahner (CARE).

Mitgliedsorganisationen:

AG Globale Verantwortung

Arche Noah

ARGE Weltläden

Ärzte und Ärztinnen für eine gesunde Umwelt

Dreikönigsaktion der katholischen Jungschar

CARE Österreich

GLOBAL 2000

Greenpeace Österreich

HORIZONT3000

Klimabündnis Österreich

Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz f. internationale Entwicklung und Mission (KOO)

Naturfreunde Internationale

Respect

Worldwide Fund for Nature Österreich (WWF)

Ökobüro

Ökosoziales Forum Österreich

Österreichisches Rotes Kreuz

ÖIE Kärnten, Bündnis Eine Welt

Die Allianz für Klimagerechtigkeit dient als dauerhafte Themenplattform österreichischer Nichtregierungsorganisationen (NROs), die in den Bereichen Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit (EZA), Soziales und Humanitäre Hilfe tätig sind. Sie setzt sich für mehr Klimaschutz in Österreich und für internationale Klimagerechtigkeit ein und will Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung bei der breiten Öffentlichkeit, MeinungsbildnerInnen, Behörden und EntscheidungsträgerInnen schaffen.

¹ Vgl. IPCC: Summary for Policymakers. In: Climate Change 2007: Mitigation. Contribution of Working Group III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, 2007, S. 15.

² Sog. Assigned Amount Units (AAU)

³ Die EU schätzt den Finanzbedarf für die Senkung der Emissionen aus Kohle, Öl und Gas in Entwicklungsländern im Jahr 2020 auf EUR 48 Milliarden, den Finanzbedarf für den Walderhalt auf EUR 18 Milliarden und jenen für eine Anpassung der Landwirtschaft auf EUR 5 Milliarden. OXFAM quantifiziert die zusätzlichen Mittel für generelle Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern mit EUR 40 Milliarden (vgl. Fußnote 4 und http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action.htm). Daraus ergeben sich in Summe EUR 110 Milliarden.

⁴ Oxfam Briefing Paper 104: Adapting to Climate Change: What's needed in poor countries and who should pay, Mai 2007

⁵ Erste Schätzungen gehen für Österreich von einer Größenordnung von rund EUR 800 Millionen aus

⁶ Maßnahmen dürfen nur nach einer *freien, vorherigen und informierten Zustimmung* (Free, Prior and Informed Consent) erfolgen.

⁷ Anpassungsmaßnahmen umfassen z.B. Programme zur Katastrophenvorsorge auf regionaler und nationaler Ebene (u.a. öffentliche Gesundheitsinitiativen, Nutzung von Frühwarnsystemen) sowie zu „community-based adaptation“ (das sind Programme, die speziell benachteiligte Gruppen dabei unterstützen, sich an veränderte klimatische Gegebenheiten anzupassen).